

RECHTE STRUKTUREN IM LAND- KREIS Infoabend am Hankensbütteler Gymnasium sehr gut besucht Völ- kische, Querdenker und ein „For- schungsprojekt“ in Lüsche im Fokus

VON BURKHARD OHSE UND PAUL GERLACH



Kristin Harney von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus zeigte Handlungsoptionen gegen rechte Strukturen auf. Zuvor hatte die Autorin und Journalistin Andrea Röpke über die rechte Szene im Kreis Gifhorn informiert.

Große Resonanz beim Infoabend im Hankensbütteler Gymnasium: Die Veranstaltung in der vollbesetzten Mensa drehte sich um das Thema „Demokratie in Gefahr!? – Rechte Erscheinungsbilder in unserer Region“. Es ging um die Reichsbürgerszene, die Querdenkerszene, die Montagsspaziergänge, das „akademisch geprägte Völkische“ und die Schetin-Pädagogik im Zusammenhang mit einer Einrichtung in Lüsche.

Hankensbüttel/Landkreis Gifhorn – Aus dem gesamten Landkreis und über die Kreisgrenzen hinweg kamen Interessierte, um sich über rechte Strukturen in der Region zu informieren: Journalistin und Buchautorin Andrea Röpke sowie Kristin Harney von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus sprachen am Mittwochabend am Hankensbütteler Gymnasium.

Zu Beginn machten die Organisatoren von ihrem Hausrecht Gebrauch und verwiesen die anwesende Nicole Wolf als Betreiberin der Einrichtung in Lüsche (betrieben vom Verein „Gaudium in Vita“) und zwei Frauen in ihrer Begleitung des Saales. „Toleranz ist ein wichtiges Gut“, kommentierte das Röpke. Doch man müsse bei Rechtsextremen den Mut haben, Grenzen zu ziehen. Und die Betreiberin gehöre dem extrem rechten Lager an.

„Wir sind keine Nazis“, sagte Wolf derweil gestern kurz vor Redaktionsschluss auf IK-Anfrage. Sie sehe eine Hetz- und Rufmordkampagne gegen den Verein, aber ohne, dass jemand mit ihnen spreche. Sie sei zum Gymnasium gekommen, um „ein Gesprächsangebot“ zu machen. Es habe sie gewundert, dass bei der Veranstaltung über die Einrichtung und sie selbst gesprochen wird, sie aber nicht dazu angehört werde.

Breites Bündnis will aufklären

Zu der Veranstaltung hatten eine Reihe von Organisationen und politischen Parteien sowie Lehrer und Schüler des Gymnasiums eingeladen. Zu diesem breiten Bündnis – das Handlungsbedarf sieht, eine bessere Vernetzung der Instanzen herbeiführen sowie solche Entwicklungen kritisch begleiten und darüber weiterhin aufklären will – gehören verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen. Darunter sind Vertreter der SPD, der Grünen und der FDP, der Landfrauenverein Hankensbüttel oder auch das Gifhorner Bündnis „Bunt statt Braun“.

Röpke recherchierte in den vergangenen Monaten im Landkreis, unter anderem zur Großdemonstration der Querdenkerszene in Gifhorn und zur Einrichtung in Lüsche. In einem Spielfilm wurden Sequenzen aus der Kreisstadt und anderen Orten gezeigt, die exemplarisch das Benehmen von Demonstrationsteilnehmern auch gegenüber Journalisten zeigten. Eingebildet wurde dabei auch, wie Ministerpräsident Stephan Weil mit „Hoffentlich fahren Sie zur Hölle, Sie Volksverräter“ beim Wahlkampf angegangen wurde.

„Zunehmende Aggression“

„Es gibt eine zunehmende Aggression, weil man keine Folgen erwartet“, sagte Röpke. Es herrsche dabei kein Unrechtsbewusstsein oder Benimmgefühl. „Ein T-Shirt mit Stinkefinger gegen Biden und Harris ist noch ok“, sagte

Röpke, Hasstiraden wie „Hängt die Linken an den nächsten Pfahl“ seien es dagegen nicht. Zunehmend setzten sich die Demonstranten auch in die Opferrolle, trügen etwa einen Davidsstern mit dem Wort „Ungeimpft“ oder brächten einen Galgen und Plakate von Politikern in Sträflingskleidung mit, um radikale Forderungen zu verbreiten.

Reichsbürgerszene „will einen Umsturz“

Auch sogenannte Reichsbürger seien in der Querdenkerszene verankert, weiß Röpke. Die Szene werde verharmlost, man habe sie zu groß werden lassen. Das Mindeste, was der Staat leisten müsse, seien Warnungen und Aufklärungen. „Diese Szene will einen Umsturz und autoritäre Strukturen aufbauen.“ Von ihren „Angstpropheten“ profitiere die AfD am meisten. Dabei sei diese nicht nur eine Protestpartei, sondern habe sich auch im Kreis Gifhorn gesetzt und etwa in Wesendorf mehr als 30 Prozent der Stimmen erhalten. „Die Partei wird trotz ihrer Radikalisierung gewählt. Statt Aufmärschen gibt es in der rechten Szene Montagsspaziergänge, bei denen mitunter auch Transparente der rechtsextremen NPD zu sehen sind.“ Nach außen verharmlosend, werde die Szene von rechten Strategen angeführt. Mittel zum Zweck seien die Ablehnung von Impfungen, das Schaffen von Autoritäten durch Krisenpropheten, Geschichtsverzerrung und Begriffsvereinnahmungen.

Völkische gelten als „akademisch geprägt“

Nicht selten seien die Protagonisten ehemals in der linken Szene gewesen. Das Völkische sei aber immer dabei. Die Vertreter fallen wenig auf, sehen oftmals altmodisch gekleidet aus und gehen nicht von der Gleichwertigkeit aller Menschen aus. „Von der Wiege bis zur Bahre“ würden sie durch rechtsextremes Gedankengut geprägt. Dabei seien die Völkischen akademisch geprägt, nicht selten Pädagogen, die elitär aufträten. Zudem gebe es eine Rollenerziehung: Mädchen gelten als „Weiterin des Lebensborns“.

„Verbindung von Lüsche nach Russland“

Die rechte Szene konzentriere sich an einzelnen Standorten, dazu zählten Eschede, Uelzen und seit einiger Zeit Lüsche. In Röpkes Fokus stand auch die Betreiberin der Einrichtung in Lüsche, die Anti-Corona-Demos mitorganisiert habe. Wolf befinde sich nach eigener Aussage „im Widerstand“. Ihre gesellschaftliche Isolierung vergleiche sie mit der Apartheid, die dagegen ein „Fliegenschiss“ gewesen sei, zitierte Röpke Wolf. Auffällig sei die Verbindung von Lüsche nach Russland. In dem ehemaligen Schullandheim würden durch den Verein „Gaudium in Vita“ eigentlich schulpflichtige Kinder in einem „Forschungsprojekt“ nach der Schetinin-Methode erzogen, eine „Reformpädagogik“ nach russischem Vorbild. Dahinter steckt der russische Pädagoge Scheti-

nin, der der Putin-treuen Anastasia-Bewegung nahe steht. „Gaudium in Vita“ arbeite mit dem Projekt „Wissen schafft Freiheit“ zusammen, das in Österreich angesiedelt ist, berichtete Röpke weiter. In Lüsche würden die Kinder dem staatlichen Bildungsauftrag entzogen und nach eigenen Inhalten unterrichtet. Das Projekt strahle in die ganze Bundesrepublik aus.

„Das Problem Lüsche wird nicht angepackt“

Im Boldecker Land sei eine ähnliche freie Schule in Planung. Ein ehemaliger Kreistagsabgeordneter ergänzte in diesem Zusammenhang, dass eine Kleine Anfrage der Grünen im Landtag ergeben habe, dass der Landkreis „in Lüsche nachguckt und nichts Schlimmes“ festgestellt habe.

Schulleiterin Cornelia Röhrkasten zeigte sich von Politik und Landkreis „enttäuscht“: „Das Problem Lüsche wird nicht angepackt!“ Kreisrätin Ute Spieler sagte, dass man im Landkreis die Entziehung von der Schulpflicht verfolge. „Da laufen Verfahren, auch schon Gerichtsverfahren. Wir lassen uns darüber informieren. Doch die Entscheidungen liegen nicht in der Hoheit des Landkreises.“ Als Schulbehörde sei man darauf angewiesen, dass die Verletzung der Schulpflicht gemeldet werde. Eine Nachverfolgung bei einem vorgebliehen Umzug, durch den Kinder nicht mehr zur Schule gehen, sei sehr aufwendig. „Wir müssen dann überprüfen, ob die Familie mit Kindern wirklich umgezogen ist.“ Gefordert wurden vom Publikum härtere Strafen bei der Entziehung von der Schulpflicht.

Christian Schroeder (Grüne), neu im Landtag, warnte davor, sich gegenseitig auszuspielen, Schuld hin- und herzuschieben. Er wolle diese Themen in das Innen- und das Kultusministerium tragen. „Hier brauchen wir Leute, die uns auf der Straße unterstützen. Wir dürfen uns aber nicht auseinanderdividieren lassen.“

„Offen Solidarität zeigen“

Ein anderer Gast sieht die Problematik, dass sich viele „keinen Ärger einhandeln“ wollen, wenn sie aktiv werden. „Auch die Politik und die Verwaltungen wollen keinen Ärger haben.“

Zuvor hatte Kristin Harney Herausforderungen im Umgang mit „rechter Raumnahme“ und Handlungsoptionen erläutert. Aufgrund sozialer Nähe sei das oft schwierig, weil man die rechten Akteure schon lange kenne. Zudem werde man oft mit Klageandrohungen verunsichert. Wichtig sei, dass sich Funktionsträger klar positionieren, dass das demokratische Gemeinwesen gestärkt wird, dass informiert wird und dass Bündnisse eingegangen werden. Demokratische Parteien müssten geschlossen auftreten und sich öf-

fentlich für Menschenrechtsorientierung und offene Solidarität mit Opfern rechter Gewalt positionieren.

Die Organisatoren zogen ein positives Fazit zur Veranstaltung. Es soll nicht die letzte dieser Art am Gymnasium gewesen sein. Die Entscheidung, die Betreiberin wegzuschicken, sei aus der Sorge heraus gefällt worden, dass sonst ein ungestörter, angstfreier Informationsaustausch nicht möglich gewesen wäre.

Weiterer Bericht folgt